

Die Gewerkschaften – progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution?

von Klaus Dörre, *Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der Hefte spw/*

Sozialistische Politik & Wirtschaft

Aus: spw 4/2019

Die Gewerkschaften – progressive Akteure einer Nachhaltigkeitsrevolution?

Gegenwärtig DGB im Spannungsfeld zwischen konservierender und transformierender Interessenpolitik:

Eine Tendenz in Richtung Organisation, die Repräsentation aller Lohnabhängigen aufgibt, um nur noch Partikularinteressen bestimmter Beschäftigtengruppen zu vertreten

Gegentendenz: Gewerkschaften wieder stärker als soziale Bewegung, die Machtressourcen offensiv nutzt, Mitgliederpartizipation ausbaut und politisches Mandat bei Durchsetzung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele offensiv wahrnimmt

Progressiv nur als Nachhaltigkeitsrevolutionär!

These: In ökonomisch-ökologischer Zangenkrise kann DGB eine progressive gesellschaftliche Rolle nur spielen, wenn Protagonist einer Nachhaltigkeitsrevolution

Besondere Aufgabe: ökologische Nachhaltigkeit durch Kampf für soziale Nachhaltigkeit zu befördern oder überhaupt erst möglich zu machen

Gesellschaftliche Mehrheiten für Nachhaltigkeitsrevolution ohne die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen kaum zu erreichen

Begründung I: ökonomisch-ökolog. Zangenkrise erfasst Wirtschafts- und Industriemodell

Mehrprodukt national + zwischen Zentren und (Semi)-Peripherien höchst ungleich verteilt; Wachstumstyp, Produktions- und Lebensweisen = ökolog. Destruktivkräfte, die kapital. Hauptländer zu Transformation zwingen. Seit 2008, nicht aufzuhalten

Industrieller Klassenkonflikt wird zu sozialökolog. Transformationskonflikt. Globaler Norden in der Zange: Gewinne transnationaler Unternehmen 2000 bis 2013 gestiegen, Anteile der Löhne im Sinkflug. Seither leichtes Plus, auf rel. niedrigem Niveau

Begründung I: ökonomisch-ökolog. Zangenkrise erfasst Wirtschafts- und Industriemodell

Gründe: technologischer Wandel, Marktmacht großer Unternehmen, Schwäche der Gewerkschaften

Aufschließen aller Ökonomien zu Produktions- und Konsumptionsweisen der am stärksten entwickelten Industriegesellschaften: Planet unbewohnbar. 1980 - 2016 klimaschädliche Emissionen verdoppelt. Energieverbrauch letztmalig in 1980er Jahren zurückgegangen; Ressourcenbilanzen tendieren zu irreversibler Schädigung. IPCC-Studie: für 1,5-Grad-Erderwärmungsszenario bis 2050 vollständig dekarbonisierte Wirtschaftssysteme nötig = Veränderungen vergleichbar mit 1. industrieller Revolution

Begründung I: ökonomisch-ökolog. Zangenkrise erfasst Wirtschafts- und Industriemodell

Ökolog. und soziale Nachhaltigkeitsziele = Lackmustest gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Kriterien: ökologischer Fußabdruck reduziert, sinken Emissionen? Steigt – für jede/n und für künftige Generationen – Lebensqualität?

Mit UNO-Nachhaltigkeitszielen gute Chancen, Nachhaltigkeitskriterien für gewerkschaftliche Politik zu operationalisieren. Aus Spannungen zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitszielen ergeben sich Zielkonflikte, in denen Gewerkschaften zu verorten. Diese Konfliktdynamik erreichte Schlüsselbranchen

Begründung I: ökonomisch-ökolog. Zangenkrise erfasst Wirtschafts- und Industriemodell

Verkehrs-Emissionen steigen weiter. Veränderungsdruck durch EU. Verbote für Verbrennungsmotoren in England + Frankreich, Elektro-Mobilität in China führen zu Umbau – zu Lasten der Beschäftigten. Bei Belegschaften und Teil der Betriebsräte setzt dies Beharrungskräfte frei. „Klimahysterie“-Stimmen lauter.

Umstellung auf Elektromobilität völlig unzureichend. Neue Mobilitätssysteme nötig: Abkehr vom privaten PKW und Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Bruch mit hegemonialen Verkehrskonzepten. Ohne Rückkehr zu öffentlichem Eigentum, öffentliche und gerechtere Finanzierungen von Mobilität und entsprechende Industriepolitik keine nachhaltige Verkehrswende

II Gewerkschaftliche Machtressourcen erodieren, sind aber zu erneuern

Gewerkschaften verlieren. Organisationsgrad: in Schweden 67 Prozent, in vielen anderen Ländern unter 20 Prozent, in Frankreich acht Prozent.

Tarifbindung der Unternehmen rückläufig: in Österreich 98 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifbindung, in Griechenland 40 Prozent, in Ungarn 23 Prozent und in Polen 15 Prozent

**Gesamttendenz in meisten EU-Staaten in Richtung Desorganisation und Entkollektivierung der Arbeitsbeziehungen
Organisierte Arbeitsbeziehungen erodieren.**

Repräsentationsfähigkeit der Wirtschaftsverbände sinkt, Bindekraft von Kollektivvereinbarungen und tariflichen Normen nimmt ab

II Gewerkschaftliche Machtressourcen erodieren, sind aber zu erneuern

Deutschland: gewerkschaftlicher Organisationsgrad bei 18 Prozent. Organisationsanreiz auf Kapitalseite schwindet. Industrieverbände ermöglichen Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. 2017 43 % der Beschäftigten im Westen und 56 % im Osten in Betrieben ohne Tarifbindung.

Da können nach Regeln organisierter Arbeitsbeziehungen geführte und ausgehandelte Arbeitskonflikte und Tarifauseinandersetzungen nicht mehr aus Betrieb ausgelagert werden. Teilweise Tarifparteien nicht mehr handlungsmächtig. Gewerkschaften benötigen, wie bei Mindestlohn, den Staat, um überhaupt noch verbindliche soziale Regeln setzen zu können.

III Gewerkschaftliche Politik kann konservierend oder transformativ ausgerichtet sein

Von Fülle unbewältigter Zukunftsaufgaben überwältigt, erscheint Selbstbeschränkung den hauptamtlichen Apparaten der Gewerkschaften und vielen Mitgliedern gewerkschaftlicher Führungsgruppen einzig realistische Strategie.

Bestärkt von Teilen der Mitgliedschaft. Was ökologisch zwingend geboten, löst bei vielen Beschäftigten in Karbonbranchen, die mit neuer Unsicherheit konfrontiert, Ängste und Abwehrreaktionen aus.

III Gewerkschaftliche Politik kann konservierend oder transformativ ausgerichtet sein – Lausitz:

LEAG-Beschäftigte (Braunkohleförderung und -verstromung), Familien und Freunde: „Jenseits der Braunkohle keine Zukunft!“ Ausstieg als Bedrohung und Kontrollverlust bei Lebenszusammenhang wahrgenommen. Durch Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik bestärkt, die Ausstieg hinauszögert. Dazu Gefühl kollektiver Abwertung seit DDR

Auch bei Braunkohlegegnern Wagenburgmentalitäten, dort Gespräche mit LEAG-Beschäftigten teilweise als sinnlos angesehen. Folge: ökologische und soziale bzw. beschäftigungspolitische Konfliktachsen verselbstständigen sich gegeneinander. Teile der LEAG-Belegschaft drohen, „Klimahysterie“ mit Hilfe der AfD zu begegnen

Anmerkung Dörre: AfD-Wahlerfolge

In der Lausitz überdurchschnittliche AfD-Wahlergebnisse:

In Brandenburg wählten 44 Prozent der Arbeiter AfD, in Sachsen 35 Prozent. AfD wird vor allem von Männern gewählt.

Bei Gewerkschaftsmitgliedern entsprach AfD-Ergebnis in Brandenburg und in Sachsen in etwa dem Durchschnitt.

Markante Geschlechterunterschiede: 34,1 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder wählten AfD; die radikale Rechte ist in dieser Gruppe stärkste Kraft.

III Gewerkschaftliche Politik kann konservierend oder transformativ ausgerichtet sein

Minderheit von Befragten aus LEAG räumt ein, Unternehmen habe Chance verpasst, frühzeitig auf die Karte erneuerbarer Energien zu setzen. Räche sich nun in Gestalt eines bevorstehenden radikalen Strukturbruchs.

Umgekehrt muss sich Lager der Braunkohlegegner fragen lassen, ob sie Betroffenen tatsächlich eine Aussicht auf Alternativen bieten können, die nicht mit monetären Einbußen, Status- und Anerkennungsverlusten verbunden

IV Für einen globalen Green New Deal

Was sich in Braunkohlerevieren abspielt, könnte sich in weit größerem Ausmaß und mit gleichsam unkalkulierbarer Dynamik im Auto-Produktionsbereich wiederholen. Weitsichtige, transformierende Interessenpolitik, mit der sich Gewerkschaften zu Hauptakteuren bei Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen und Klimagerechtigkeit machen, könnte Verlust an Zukunftsfähigkeit entgegenwirken.

Dörre nennt vier Punkte, die dafür notwendig:

IV Für einen globalen Green New Deal

Erstens: Gewerkschaften sollen Notwendigkeit der Nachhaltigkeitsrevolution offensiv begründen und soziale Dimension des ökolog. Gesellschaftskonflikts ins gesellschaftliche Bewusstsein rücken. Reichste zehn Prozent der Weltbevölkerung auf allen Kontinenten verursachen 49 Prozent der klimaschädlichen Emissionen, untere Hälfte emittiert drei Prozent

Seit 2000 Steigerung klimaschädlicher Emissionen fast nur durch Luxuskonsum und entsprechende Lebensstile; bei Ressourcenverbrauch ähnlich; ökologischer Fußabdruck des obersten einen Prozent der Weltbevölkerung 175-fach gegenüber den ärmsten zehn Prozent.

IV Für einen globalen Green New Deal

Eindämmung des Klimawandels und Abkehr von extensiver Ressourcennutzung nicht ohne materielle Umverteilung von reichen zu armen Ländern und von Privilegierten zu den verwundbarsten Klassenfraktionen

Auch in reichen Ländern geht es nicht um allgemeinen Verzicht. Nicht erforderlich, Putzfrau die Mallorca-Reise und Daimler-Arbeiter das Häuschen zu nehmen oder Hartz-IV-Bezieher Regelsatz zu beschneiden. Wer Gürtel enger schnallen soll, muss erwarten können, dass dergleichen auch von Reichen und Superreichen verlangt wird

IV Für einen globalen Green New Deal

Zweitens: Gewerkschaften sollten gegen Politiken sein, die Klimawandel in erster Linie oder allein mit marktkonformen Mitteln (CO₂-Bepreisung, Emissionshandel) bekämpfen.

Durch ökologische Nachhaltigkeit höhere Preise. Löhne müssen steigen, damit faire Preise bezahlbar. Gute Arbeitsbedingungen überall leichter durchsetzbar, wenn Schmutzkonkurrenz aus Norden unterbunden. Nötig überall Löhne über Niedriglohngrenze.

Fraglich, ob Gewerkschaften diese durchzusetzen können.

Unterstützung aus Politik und Zivilgesellschaft nötig. Je besser Einkommen, desto wichtiger auch subjektiv Zeitwohlstand und gute Arbeitsbedingungen

IV Für einen globalen Green New Deal

Drittens: Produktionsentscheidungen nicht länger Managereliten vorbehalten! Wirtschaftsdemokratie nötig, mehr als Mitbestimmung. Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen beteiligen!

Ökonom Atkinson: Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten! Mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften UND mit Umweltverbänden, ökologischen Bewegungen, Fraueninitiativen etc., um annäherndes Kräftegleichgewicht überhaupt erst wiederherzustellen. Aufgabe: Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen überwachen, Produktion langlebiger Güter fordern, Formen kollektiven Selbst-eigentums in Genossenschaften erproben ohne Gewinnmotiv als Hauptzweck

IV Für einen globalen Green New Deal

Viertens: Verfassungsrang für ökolog. und soziale Nachhaltigkeitsziele! In Grundgesetz und europ. Grundrechtscharta verankern!

Dadurch Sozialbindung des Eigentums erweitert. Wer Nachhaltigkeitsgebot missachtete, hätte mit Enteignung, Umverteilung und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu rechnen.

So entstünden Institutionen einer transformativen Demokratie, die wirtschaftliche Strukturen einschließen. Würde Abkehr vom BIP als herausragender wirtschaftlicher Steuerungsgröße und Ersetzung durch Entwicklungsindikatoren befördern, die Öko-Schäden des Wirtschaftswachstums transparent machen

Schluss

Für IG Metall gegenwärtig schon Fortschritt, dass sie nicht mehr für Absenkung europäischer Emissionsziele. Aufruf von Bsirske an ver.di zur Beteiligung am Klimastreik = Schritt weiter. Noch besser: Streikfähigkeit in Sachen Klimawandel und -gerechtigkeit! Damit Nachhaltigkeitsziele in Unternehmen und Gesellschaft durchsetzen.

Green New Deal für DGB nur erreichbar durch Bündnisbeziehungen zu ökologischen Bewegungen. Könnte wie nach 1968 zur Stärkung von Organisationsmacht beitragen. Auch Umwelt- und Klimabewegungen profitieren, wenn sie soziale Nachhaltigkeit stärker als bisher zum ureigenen Thema machen.